

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0254/2025 (STK)

Kleine Anfrage Fraktion SVP: Auswirkungen des Vertragspakets Schweiz-EU (EU-Unterwerfungsvertrag) auf die Mitwirkung des Kantons Solothurn im Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene (12.11.2025)

Am 28. Oktober 2025 veröffentlichte die Staatskanzlei eine Medienmitteilung, in welcher der Regierungsrat das sogenannte «Stabilisierungspaket Schweiz–EU» grundsätzlich begrüsst. Begründet wird diese Haltung insbesondere mit der wirtschaftlichen Bedeutung des europäischen Binnenmarkts für den Kanton Solothurn und den Vorteilen einer Aktualisierung der gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA). In derselben Mitteilung betont der Regierungsrat jedoch, dass er eine supranationale Überwachung der Anwendung dieses Unterwerfungsvertrags mit der EU ablehne und dass die Kantone bei der Umsetzung finanziell schadlos gehalten werden müssten. Offenbar scheint der Regierungsrat selbst gewisse Probleme zu erkennen, die mit dem vorliegenden Vertragswerk verbunden sein könnten.

Der Regierungsrat wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie würde ein Vertragsabschluss die Mitwirkung des Kantons Solothurn im Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene beeinflussen?
2. Bis anhin gilt, dass die Kantone bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse und anderer Vorhaben von grosser Tragweite sowie bei wichtigen völkerrechtlichen Verträgen zur Stellungnahme eingeladen werden müssen (Art. 147 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, BV). Teilt der Regierungsrat die Ansicht renommierter Experten (u.a. Prof. em. Dr. iur. Paul Richli), dass die EU in den vom Vertragswerk berührten Bereichen keine Vernehmlassungsverfahren im Modus von Art. 147 BV durchführen wird und dadurch die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kantone geschmälert werden?
3. Wie will sich der Kanton Solothurn künftig in Gesetzgebungsverfahren in den vom Vertragswerk berührten Bereichen a.) auf Bundesebene und b.) auf europäischer Ebene Gehör verschaffen?
4. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass der Kanton Solothurn seine Interessen auf europäischer Ebene erfolgreicher in Gesetzgebungsverfahren einbringen kann als auf Bundesebene?
5. Welche Rolle misst der Regierungsrat der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) bei der koordinierten Wahrung der kantonalen Interessen im Rahmen des Vertragspakets Schweiz-EU bei, und welche spezifischen Durchsetzungsmechanismen sind auf Ebene der KdK vorgesehen, um allfällige Bedenken der Kantone gegenüber dem Bund oder der EU effektiv geltend zu machen?
6. Welche Themenbereiche oder Sachgebiete, in denen der Kanton Solothurn heute eigene Gesetze erlassen oder die die Bevölkerung mittels Volksinitiative regeln kann, würden durch die Übernahme von dynamisch weiterentwickeltem EU-Recht de facto dem direktdemokratischen Einfluss des Solothurner Volkes entzogen?
7. Könnte der Regierungsrat anhand eines konkreten Beispiels aufzeigen, inwiefern ein kantonaler Erlass zur Umsetzung von EU-Recht in Zukunft noch Gegenstand eines kantonalen fakultativen Referendums sein könnte, oder ob die Bindung an das EU-Recht dieses demokratische Instrument faktisch aushöhlen würde?

Begründung 12.11.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Winistörfer Marc, Borner Matthias, Dick Markus, Fischer Tobias, Giger Thomas, Jacomet Pascal, Jeker Silvio, Kiefer Robin, Künzli Beat, Läng Adrian, Ritschard Stephanie, Rohr Jennifer, Stärkle Diana, von Arx Thomas, Wenger Thomas, Wyss Marianne (16)